

Scharfe Kritik zum Tag der Arbeit: „Hildesheim ist ein unwürdiges Beispiel“



Demonstrationszug vom Bahnhof zum Marktplatz: Mit Trommeln und Trillerpfeifen, Fahnen und Transparenten machen knapp 200 Teilnehmer auf ihre Forderungen aufmerksam.

FOTO: HEIDRICH

IN ZAHLEN

70

Maikundgebungen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund rund um den 1. Mai in Niedersachsen organisiert. Daran nahmen nach DGB-Angaben insgesamt knapp 40 000 Menschen teil.

6

Veranstaltungen zum „Tag der Arbeit“ wurden vom DGB im Landkreis Hildesheim unterstützt. Neben der Kreisstadt waren Alfeld, Bad Salzdetfurth, Bodenburg, Sarstedt und Wehrstedt die Veranstaltungsorte.

2019

ist der 1. Mai ein Mittwoch – mit einem freien Brückentag ein langes Wochenende zu erreichen, ist dann also nicht wie in diesem Jahr möglich.

Für die meisten Menschen ist der 1. Mai ein freier Tag, an dem sie nicht an die Arbeit denken möchten. Für die Gewerkschaften bleibt der „Tag der Arbeit“ ein Anlass, den Finger in Wunden zu legen. Und davon gibt es einige – trotz boomender Wirtschaft.

Von Thomas Wedig

Es ist kühl am Tag der Arbeit. Wind pfeift über den Marktplatz. Die Bratwurst ist das Einzige, das so richtig wärmt. In den Redebeiträgen geht es um die soziale Kälte, Altersarmut, Pflegenotstand, Rassismus. „Die Geldspeicher der Republik waren noch nie so voll wie jetzt“, sagt Hauptredner Christoph Schmitz, Abteilungsleiter beim Bundesvorstand der Gewerkschaft Verdi. Und dennoch: Das Risiko, im Alter arm zu werden, steigt, die öffentliche Infrastruktur der Straßen und Brücken bröckelt.

Wie immer am 1. Mai geht es vor allem um das Große und Ganze, die Bundespolitik, die Lage der Nation. Doch diesmal bekommen besonders auch die Verantwortlichen in Hildesheim ihr Fett weg. Schmitz spricht von öffentlichen Trickserien, wenn es darum geht, Tarife zu umgehen. „Hildesheim ist ein unwürdiges Beispiel“, sagt er und nennt zunächst den Stadtverkehr. „Es kann nicht sein, dass die Mitarbeiter bei jeder neuen Ausschreibung um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen“, meint der Gewerkschaftsmann, „und sie nur retten können, wenn sie Einschnitte beim Gehalt hinnehmen. Das ist Erpressung. Das ist eine Sauerei.“

Als zweites lokales Beispiel nennt Schmitz die Volkshochschule, in der es zwei Klassen von Beschäftigten gebe. Diejenigen, die nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt werden. Und den Rest, der bis zu 30 Prozent weniger verdient. Beispiel Nummer drei: die Musikschule. Wenn es keine Zuschüsse gebe, seien letztlich die Beschäftigten die Leidtragenden. „Das ist ein Armutszeugnis“, sagt Schmitz, „für eine Stadt, die sich ihrer Kultur rühmt.“

Der Rest der Rede wird zum Ritt durch Problemzonen der Sozialpolitik. Geballt auf den Punkt gebracht, erscheint die Lage alle Jahre wieder am Tag der Arbeit besonders düster. Schmitz fordert eine umfassende Rentenreform, sieht die Tariffahrt weiter auf dem Vormarsch, vermisst die gesellschaftliche Anerkennung für soziale Dienstleistungen. In der Pflege müsse es endlich bundesweit einheitliche Personalvorgaben und

eine bessere Bezahlung geben, fordert er. Für eine gute Pflege sei ein grundlegender Kurswechsel nötig.

Das meint auch Rüdiger Wala, der für die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) spricht: „Es ist eine Aufgabe des Staates, dass alte Menschen sich keine Sorgen machen müssen, wie es mit ihnen weitergeht.“ Auch Wala kritisiert die Grundsätze der Finanzpolitik: Da sei auf der einen Seite der ausgeglichene Haushalt das oberste Ziel – und auf der anderen Seite gebe es einen erheblichen Investitionsstau. „Was haben wir von der schwarzen Null“, fragt er, „wenn immer mehr kaputte Autobahnbrücken nicht mehr von Lastern befahren werden können? Die Folgen davon tragen wir letztlich wieder alle.“

Doch es ist nicht alles schlecht: Verdi-Mann Schmitz hat auch lobende Worte für Pläne aus dem schwarz-roten Koalitionsvertrag parat: Das Rentenniveau werde stabilisiert. Und in die Krankenkasse sollen die Arbeitgeber künftig wie-

40 Prozent fürchten sich vor Altersarmut

Altersarmut und Pflege: Das sind zwei der Themen, die gestern auch bei der Hildesheimer Kundgebung eine Rolle spielten. Das gilt offenbar nicht nur für Gewerkschafter, sondern auch für die meisten Bürger. Das hat zu Beginn des Jahres eine Umfrage des Versiche-

rungskonzerns Ergo ergeben. Demnach fürchten sich 40 Prozent der Deutschen vor Altersarmut – und knapp 70 Prozent der Befragten erwarten, dass das Rentenniveau in den nächsten zehn Jahren weiter sinkt. Generell haben die Deutschen aber zurzeit großes Vertrauen in die

Stabilität der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes. Das zeigte die jüngste R+V-Studie, die im vergangenen Herbst zum 26. Mal erstellt wurde. In diesem Zeitraum waren die Ängste vor Arbeitslosigkeit und einer Verschlechterung der Wirtschaftslage noch nie so gering wie zurzeit.

der denselben Beitrag wie die Arbeitnehmer einzahlen.

Die Kritik wird rund um die Kundgebung nicht nur in den Reden formuliert. Mit Trommeln und Trillerpfeifen setzt sich ein Demonstrationszug vom Bahnhof zum Marktplatz in Bewegung.

Die Transparente bilden die ganze Palette der Gesellschaftskritik ab: „Wir können uns die Superrei-

chen nicht mehr leisten“, steht auf dem einen, „Pflegekammer: Ein Irrweg“ auf dem nächsten, „Abrüsten statt Aufrüsten“ auf dem dritten.

Die Botschaft: Es gibt viele politische Baustellen in der Republik. Und am Ende sorgen zumindest die kämpferische Maisonette und der fröhliche Live-Gesang der „Notenträger“ für ein bisschen Optimismus.

Der Tag der Arbeit im Wandel der Zeit

Der 1. Mai als Tag der Arbeit: Diese Verbindung gibt es seit vielen Jahrzehnten – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Staaten der Erde. Die Wurzeln des Tages liegen in der Arbeiterbewegung der USA. Am 1. Mai 1886 riefen Gewerkschaften dort zu einem mehrtägigen Generalstreik auf. Das Hauptziel: die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden zu reduzieren. Der Streik endete mit einer Bombenexplosion und einem Schusswechsel zwischen Demonstranten und Polizisten. Es gab Tote und Verletzte. In den folgenden Jahren wurde ein Teil der Forderungen der Streikenden erfüllt. Und der 1. Mai etablierte sich auch in Europa als Kampftag für den Acht-Stunden-Tag. In

Deutschland beteiligten sich im Jahr 1890 bereits rund 100 000 Arbeiter an Demonstrationen. Die SPD setzte sich dafür ein, den „Tag der Arbeit“ zum gesetzlichen Feiertag zu machen. Der wurde schließlich 1919 in der Weimarer Republik eingeführt – allerdings deutschlandweit nur für ein Jahr. Ab 1933 war der 1. Mai dann wieder ein gesetzlicher „Feiertag der Nationalen Arbeit“ und Anlass für Paraden und Aufmärsche. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der „Tag der Arbeit“ in der DDR und der Bundesrepublik zum gesetzlichen Feiertag – entwickelte sich aber recht unterschiedlich: Während die DDR ihren „Internationalen Kampf- und Feiertag der Werktätigen für Frie-

den und Sozialismus“ mit Militärparaden nach sowjetischem Vorbild zelebrierte, nutzten die Gewerkschaften den Tag Westdeutschland, um mit Demonstrationen und Kundgebungen auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Seit 1951 verknüpfte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) die Kundgebungen mit Kultur. „Aus einer zunächst schlichten Feierstunde entwickelte sich später eine Mairévue“, schreibt der DGB in einem Rückblick. Doch die Spektakel konnten nicht verhindern, dass die Teilnehmerzahlen seit Mitte der Fünfziger Jahre wieder sanken. Sie stiegen erst seit Ende der Sechziger Jahre wieder an – was vor allem auch mit einer Verschlechterung der Wirt-

schaftslage zu tun hatte: 1966 rutschte die Republik in die erste Rezession der Nachkriegszeit. Und heute? Die Wirtschaft boomt, aber bei vielen Menschen kommt nach Meinung der Gewerkschaften von dem Boom wenig an. So forderte Verdi-Chef Frank Bsirske gestern bei einer Kundgebung in Braunschweig mehr Geld für die Daseinsvorsorge. Es müsse in bezahlbaren Wohnraum, Bildung und Erziehung sowie die Alterssicherung investiert werden. Um die Tariffahrt ging es nicht nur in Hildesheim. Der Landesvorsitzende des DGB, Mehrdad Payandeh, wählte gestern in Lüneburg deutliche Worte: Arbeitgeber, die sich nicht an Tarifverträge hielten, seien „schäbig“.



”

Rassismus ist keine Meinung, Rassismus ist ein Verbrechen.

Christoph Schmitz
Leiter der Abteilung Grundsatz beim Verdi-Bundesvorstand, über seine Sorge, dass drei Generationen nach brutalen Auswüchsen rund um den „Tag der Arbeit“ in der Nazizeit heute Rassismus und Rechtsextremismus wieder auf dem Vormarsch sind.